

tagesschau24 live 🕟





4 Min

# Razzia: Waffen und Sprengstoff bei AfD-Politiker gefunden

Stand: 07.08.2025 16:27 Uhr

Im Lübtheener Ortsteil Jessenitz hat es am Mittwochabend eine Razzia gegeben. Bei der Durchsuchung wurden laut Polizei Waffen sowie eine größere Menge Sprengstoff gefunden. Tatverdächtig ist ein AfD-Kreistagsabgeordneter.

Bei einer Razzia bei Lübtheen im Landkreis Ludwigslust-Parchim am Mittwochabend hat die Polizei Waffen und Sprengstoff gefunden. Tatverdächtig ist ein 60-jähriger Deutscher, der in dem Gutshaus lebt. Während die Behörden zur Identität des Betroffenen schweigen, bestätigte der AfD-Kreistagsabgeordnete Philip Steinbeck dem NDR auf Anfrage die Razzia. Zuerst hatte der "Nordkurier" über die Durchsuchungen berichtet.

## Waffen fallen möglicherweise unter Kriegswaffenkontrollgesetz

Neben dem Wohngebäude durchsuchten die Ermittler weitere Objekte. Laut Polizei fanden sie mehrere scharfe Waffen, deren Besitz möglicherweise gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstößt. Daneben sei auch Sprengstoff in größerer Menge sichergestellt worden. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Christian Pegel

(SPD) sagte, derartige Funde seien alarmierend. Umso wichtiger und notwendig sei das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden.

An der Razzia waren etwa 60 Polizisten beteiligt, darunter Spezialkräfte des Landeskriminalamtes, Sprengstoffhunde und der Munitionsbergungsdienst. Wie viele Waffen und Sprengstoff genau sichergestellt wurden, hat die Polizei nicht mitgeteilt. Der Verdächtige ist auf freiem Fuß, ein Haftbefehl wurde nach Angaben des Sprechers der Staatsanwaltschaft Stefan Urbanek nicht beantragt.

### Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen aufgenommen

Die Ermittler hatten Steinbeck laut Staatsanwaltschaft schon seit einiger Zeit im Visier. Urbanek zufolge gab es einen begründeten Anfangsverdacht, der Grundlage für den Durchsuchungsbeschluss im Schloss in Jessenitz war. Sichergestellt wurde demnach eine Vielzahl von Waffen, darunter "Hieb- und Stichwaffen, einen großen Fund an Munition sowie Sprengmittel, die derzeit kriminaltechnisch untersucht werden", um festzustellen, ob die Funde unter das Waffengesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz fallen, so Urbanek. Dazu gehöre beispielsweise eine Untersuchung, ob die Waffen "beschussfähig" seien.

#### AfD-Landesverband spricht von schwerwiegenden Vorwürfen

Steinbeck selbst spielte die Funde der Razzia herunter. Es handele sich um Deko-Waffen wie Vorderlader - das seien keine Kriegswaffen. Nach NDR Informationen haben die Ermittler allerdings auch Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg sichergestellt. Der AfD-Landesverband ist wegen der Causa Steinbeck höchst alarmiert. Der Landesverband habe Steinbeck nach Bekanntwerden der Durchsuchungen um Stellungnahme zu den Vorwürfen gebeten. "Die Anschuldigungen, die im Raum stehen sind schwerwiegend, das kam für uns als Landesvorstand auch sehr überraschend" sagt Enrico Schult (AfD). Der Verband wolle nun aber zunächst Steinbeck die Möglichkeit geben, darauf zu antworten. Der Co-Landesvorsitzende verweist auf die Unschuldsvermutung und die Ergebnisse der Ermittlungen. Ein AfD-Kommunalpolitiker, der mit dem Waffengesetz in Konflikt gerät, wäre für die Gesamtpartei allerdings eine Belastung im bevorstehenden Landtagswahlkampf.

#### Früher Förderer der AfD mit Nähe zu rechten Strukturen

Steinbeck galt bereits vor seiner Mitgliedschaft als früher Förderer der AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2016 fand auf Einladung Steinbecks im Gutshaus Jessenitz ein sogenannter Charity-Abend zugunsten der Finanzierung des damals noch recht jungen Landesverbandes der AfD statt. Fotos zeigen neben dem finanzkräftigen Unternehmer Steinbeck, der in der Umgebung mehrere Immobilien besitzt, auch den damaligen AfD-Bundesvorsitzenden Alexander Gauland, den heutigen AfD-Landtagsabgeordneten Thomas de Jesus Fernandes und einen ehemaligen NPD-Spitzenkandidaten aus Hamburg.

Steinbeck soll außerdem gut bekannt sein mit dem ehemaligen Chef der NPD-Landtagsfraktion Udo Pastörs, der in der Nähe wohnt. Zuvor tauchte Steinbecks Name außerdem auf Listen von angeblichen Spendern für die NPD in verschiedenen Medien auf. Bereits als Student war Steinbeck Mitglied einer rechten schlagenden Burschenschaft. Nach Abbruch seines Jurastudiums arbeitete er zu Beginn der 1990er-Jahre in der Kieler Landtagsfraktion der rechtsextremen "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH).

